

Gesetzes- u. Verordnungsblatt

für die

Vereinigte Evangelisch-protestantische Landeskirche Badens

Ausgegeben

Karlsruhe, den 10. Februar

1956

Inhalt:

	Seite		Seite
Dienstnachrichten	1	Landeskollekte für Mingolsheim und Langenbrücken	5
Kirchliches Gesetz:		Liste der Bezirksvertreter und Bevollmächtigten der Inneren Mission und des Hilfswerks	5
Haushaltsgesetz für 1956 u. 1957	2	Haushaltsgesetz für 1954 und 1955 (Staatsgenehmigung)	7
Verordnung:		Haushaltsgesetz für 1956 und 1957 (Staatsgenehmigung)	7
Ergänzung der Studien- und Prüfungsordnung	4	Hinweise:	
Bekanntmachungen:		Lehrgang der Evang. Bibliotheksschule in Göttingen	7
Umwandlung des Pfarrvikariats der Petrusgemeinde in Karlsruhe in eine Pfarrstelle	4	Stuttgarter Hebräische Wortkonkordanz zur Kittel-Bibel	7
Außerordentl. Tagungen der Bezirks-synoden 1956	4		
Termine für die Landessamm-lungen 1956 der Verbände der freien Wohlfahrtspflege	5		

Dienstnachrichten.

Entschließungen des Landesbischofs.

Berufen (auf weitere 6 Jahre):

Dekan Pfarrer Oskar Sütterlin in Hornberg zum Dekan für den Kirchenbezirk Hornberg mit Wirkung vom 1. 3. 1956.

Berufen

(gem. § 11 Ziffer 2 a Pfarrbesetz.Gesetz):

Pfarrer Theodor Herrmann in Ispringen zum Pfarrer der Johannespfarre in Rastatt, Pfarrverwalter Heinrich Zimmermann in Sulzburg zum Pfarrer daselbst.

Berufen

(gem. § 11 Ziffer 2 c Pfarrbesetz.Gesetz):

Pfarrvikar Paul Katz in Karlsruhe (Petrus-pfarrei) zum Pfarrer daselbst.

Berufen

(gem § 11 Ziffer 2 d Pfarrbesetz.Gesetz):

Religionslehrerin Vikarin i. R. Gudrun Glitscher in Mannheim zur planmäßigen Religionslehrerin an Berufs- und Berufsfachschulen in Mannheim.

Entschließung des Landeskirchenrats.

Berufen

(gem. § 8 Satz 2 der Terna-VO vom 6. 7. 1921, VBl. S. 71):

Pfarrverwalter Wolfgang Wasmer in Nonnenweier zum Pfarrer daselbst.

Entschließungen des Oberkirchenrats.

Ernannt:

Oberrechnungsrat Hans Hummel bei der Evang. Landeskirchenkasse in Karlsruhe zum Vorstand dieser Bezirksverwaltungsstelle, Oberrechnungsrat Fritz Roß beim Oberkirchenrat zum Finanzrat.

Zurruhegesetzt auf Ansuchen nach Erreichen der Altersgrenze:

Pfarrer Rudolf Baer in Gondelsheim auf 1. 5. 1956, Pfarrer Oskar Mayer-Ullmann in Die-delsheim auf 1. 5. 1956.

Gestorben:

Pfarrer i. R. Fritz Bruch, zuletzt in Tiengen b. Fr., am 24. 1. 1956, Pfarrer i. R. Kirchenrat Phi-

lipp Weidemeier, zuletzt in Karlsruhe (Lutherpfarre), am 14. 1. 1956.

Diensterledigungen.

Diedelsheim, Kirchenbezirk Bretten.

Pfarrhaus wird größtenteils frei, kann erforderlichenfalls ganz freigemacht werden.

Epfenbach, Kirchenbezirk Neckarbischofsheim.

Pfarrhaus wird frei.

Ispringen, Kirchenbezirk Pforzheim-Land.

Pfarrhaus wird nahezu frei.

Rinklingen, Kirchenbezirk Bretten.

Pfarrhaus frei.

Besetzung durch Gemeindewahl. Bewerbungen innerhalb drei Wochen unmittelbar beim Oberkirchenrat; gleichzeitig Anzeige ans Dekanat.

Die Bewerbungen müssen bis **spätestens 1. März abends** hier eingegangen sein.

Kirchliches Gesetz.

Die allgemeinen kirchlichen Ausgaben und Einnahmen für die Rechnungsjahre 1956 und 1957 (1. 4. 1956 bis 31. 3. 1958) betr.

Az. 56/1

Die Landessynode hat am 27. 10. 1955 das folgende kirchliche Gesetz beschlossen:

Artikel 1

- a) Die allgemeinen kirchlichen Ausgaben für die Rechnungsjahre 1956 und 1957 (1. 4. 1956 bis 31. 3. 1958) werden auf Grund des angeschlossenen Voranschlags auf jährlich 25 739 140 DM festgesetzt.
- b) Die allgemeinen kirchlichen Einnahmen für die Rechnungsjahre 1956 und 1957 (1. 4. 1956 bis 31. 3. 1958) werden auf Grund des angeschlossenen Voranschlags auf jährlich 25 739 140 DM festgesetzt.

Artikel 2

Als Steuergrundlagen für die in den Voranschlagszeitraum 1. 4. 1956/58 fallenden Kirchensteuerjahre gelten die Ursteuern, die durch die von den zuständigen staatlichen Stellen gemäß Art. 12 Abs. 2 des Landes- und Ortskirchensteuergesetzes zu erlassenden Verordnungen über die Erhebung der Kirchensteuer bestimmt werden.

Der Steuerfuß (Kirchensteuersatz) beträgt für die Kirchensteuer als Zuschlag zur Lohnsteuer und zur veranlagten Einkommensteuer für die Zeit vom 1. 4. 1956 bis 31. 3. 1958 = 10 v. H. (der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer). Die Kirchensteuer darf jedoch höchstens betragen:

- 1) bei Steuerpflichtigen der St.Kl. I = 3 v. H.
 - 2) " " " " II = 2,9 v. H.
 - 3) " " " " III/1 = 2,8 v. H.
 - 4) " " " " III/2 = 2,7 v. H.
 - 5) " " " " III/3 = 2,6 v. H.
 - 6) " " " " III/4ff. = 2,5 v. H.
- des steuerpflichtigen Einkommens.

Artikel 3

Der Evang. Oberkirchenrat ist ermächtigt, mit Genehmigung des Landeskirchenrats im Wege von Kirchenanleihen für Rechnung der Evang. Landeskirchenkasse die Mittel aufzubringen, die

nötigenfalls zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Evang. Landeskirchenkasse benötigt werden, und zwar bis zum Höchstbetrag von insgesamt zwei Millionen Deutsche Mark.

Artikel 4

Der Evang. Oberkirchenrat ist ermächtigt, namens der Vereinigten Evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens oder einer seiner unmittelbaren Verwaltung unterstehenden Stiftung oder Anstalt für evang. Kirchengemeinden und für im Sinne der Landeskirche arbeitende evang. Körperschaften, Anstalten und Vereine zum Zwecke der Aufnahme von Darlehen für die Erstellung oder den Umbau kirchlicher Gebäude oder für eine Umschuldung Bürgschaften nach §§ 765 ff des Bürgerlichen Gesetzbuches zu übernehmen.

Die Gesamtsumme der auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen übernommenen und noch gültigen und der weiter zu übernehmenden Bürgschaftsverpflichtungen darf den Betrag von fünf Millionen Deutsche Mark nicht übersteigen.

Artikel 5

Sollte bis zum 31. März 1958 das Gesetz über die allgemeinen kirchlichen Ausgaben für das Rechnungsjahr 1958 (1. 4. 1958 bis 31. 3. 1959) und ihre Deckungsmittel samt Voranschlag für den Haushaltszeitraum 1. 4. 1958/59 noch nicht durch die Landessynode beschlossen sein, so können alle Ausgaben persönlicher und sachlicher Art in den gleichen Beträgen mit 1/12 pro Monat fortgezahlt werden, wie sie im vorliegenden Voranschlag nebst etwaigen Nachträgen dazu bewilligt worden sind.

Artikel 6

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1956 in Kraft.

Artikel 7

Der Evang. Oberkirchenrat wird mit dem Vollzug dieses Gesetzes beauftragt.

Karlsruhe den 4. November 1955

Der Landesbischof:

D. Bender

Voranschlag

der allgemeinen kirchlichen Ausgaben und Einnahmen der Vereinigten Evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens für die Rechnungsjahre 1956 und 1957 (1. 4. 1956 bis 31. 3. 1958)

Ab-schnitt	Ausgaben	Voranschlagssatz für 1956 u. 1957 jährlich DM	Ab-schnitt	Ausgaben	Voranschlagssatz für 1956 u. 1957 jährlich DM
	A. Lasten			Übertrag:	3 015 320
1	Anteile der Kirchengemeinden an der Kirchensteuer vom Einkommen	4 900 000	IV	Aufwand für die Kirchenbezirke	91 000
2	Abgänge	400 000	V	Aufwand für die Gemeindegeseelsorge im allgemeinen	8 530 000
3	Zinsen von Schuldingkeiten	60 000	VI	Aufwand für die Studentenseelsorge	84 000
4	Öffentliche Abgaben	30 000	VII	Aufwand für den Religionsunterricht	954 500
5	Aufwendungen für Gebäude	310 000	VIIa	Aufwand für das Volksmissionarische Amt der Landeskirche	10 000
6	Leistungen aus besonderen Rechtsverpflichtungen der Landeskirche	50 000	VIIb	Aufwand für die Ev. Akademie der Landeskirche und für das Haus der Kirche	97 000
7	Prozeßkosten	5 000	VIII	Für die Evang. Erziehungs- und Jugendarbeit	511 000
8	Sonstige Lasten	2 000	IX	Für das Männerwerk der Landeskirche	99 500
	Summe A Lasten	5 757 000	X	Für die Frauenarbeit der Landeskirche	98 000
	B. Zweckausgaben		XI	Für den Wohlfahrtsdienst	106 000
I	a) Umlage der EKD und Beitrag zur Osthilfe	300 000	XII	Für die Pflege der kirchlichen Musik	151 020
	b) Kosten der Landessynode und der Tagungen des Landeskirchenrats	16 000	XIII	Für die Evang.-soziale Frauenschule	146 800
	c) Verwaltungsaufwand des Evang. Oberkirchenrats	566 000	XIV	Ruhegehälter	1 895 000
	d) 4 %ige Hebegebühr der Finanzämter	840 000	XV	Unterstützungen	100 000
	e) Sachliche Amtskosten und Verwaltungsaufwand der dem Oberkirchenrat untergeordneten Dienststellen	921 320	XVI	Hinterbliebenenversorgung	1 532 000
II	Persönlicher Aufwand für den Bezirksdienst der landeskirchlichen Vermögensverwaltung	190 000	XVII	Allgemeiner Aufwand	2 561 000
III	Aufwand für die Ausbildung der künftigen Geistlichen	182 000		Summe B Zweckausgaben	19 982 140
	Übertrag:	3 015 320		Summe A Lasten	5 757 000
				Gesamtsumme der Ausgaben:	25 739 140

Ab-schnitt	Einnahmen	Voranschlagssatz für 1956 u. 1957 jährlich DM	Ab-schnitt	Einnahmen	Voranschlagssatz für 1956 u. 1957 jährlich DM
				Übertrag:	25 454 140
1	Ertrag der Landeskirchensteuer	21 800 000	12	Rückersatz von Betreibungskosten	—
2	Reinertrag der Zentralpfarrkasse	975 000	13	Einnahmen aus dem Betrieb des Hauses der Kirche (Charlottenruhe)	—
3	Beiträge des Staates	1 738 200	14	Aus dem Betrieb des Kirchenmusikalischen Instituts	15 000
4	Beiträge der unmittelbaren Fonds zum allgemeinen kirchlichen Aufwand	35 990	15	Aus dem Betrieb der Evang.-sozialen Frauenschule	30 000
5	Sonstige Beiträge	112 750	16	Ersatzbeiträge	190 000
6	Einnahmen aus dem Betrieb des Evang. Predigerseminars	—	17	Ersatz von Kosten aus der Tätigkeit des Dienstgerichts und des Verwaltungsgerichts	—
7	Einnahmen aus der Erteilung von Religionsunterricht	450 000	18	Sonstige Einnahmen	50 000
8	Überschüsse kirchlicher Fonds	100 000		Gesamtsumme der Einnahmen:	25 739 140
9	Aus Gebäuden und Grundstücken	50 000		Gesamtsumme der Ausgaben:	25 739 140
10	Mietzinsen für vermietete Dienst- und Mietwohnungen	2 200			
11	Zinsen	190 000			
	Übertrag:	25 454 140			

Verordnung.

*Die Ergänzung der Studien- und Prüfungsordnung betr.

(vom 26. 1. 1956)

Az. 20/01

Gemäß § 6 des kirchlichen Gesetzes, die rechtlichen Voraussetzungen für die Erlangung einer Pfarrstelle oder einer Stelle eines Religionslehrers mit theologischer Vorbildung betr., vom 25. 10. 1951 (VBl. S. 58) erläßt der Landeskirchenrat nachstehende Verordnung:

§ 1

Die Studien- und Prüfungsordnung vom 13. 12. 1951 (VBl. S. 70) in der Fassung der Ergänzungsverordnung vom 25. 11. 1954 (VBl. S. 95) wird wie folgt ergänzt:

a) § 10 erhält folgende Fassung:

(1) Nach bestandener erster Prüfung hat der Kandidat eine praktische Lehrzeit von einem halben Jahr bei einem Pfarrer abzuleisten. Die Einweisung erfolgt durch den Evang. Oberkirchenrat.

(2) Nach dieser Lehrzeit ist das Praktisch-theologische Seminar der Universität Heidelberg für

zwei Semester zu besuchen. In dieser Zeit wohnt der Kandidat im Kandidatenkonvikt der Landeskirche und nimmt am gemeinsamen Leben des Konviktes teil.

(3) Für die Ausbildung in dieser Zeit ergeht eine besondere Verordnung.

b) § 11 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

(3) Melden darf sich, wer die erste Prüfung bestanden, nach ihr eine praktische Lehrzeit von einem halben Jahr bei einem Pfarrer abgeleistet und zwei Semester das Praktisch-theologische Seminar der Universität Heidelberg besucht hat. Der Evang. Oberkirchenrat kann in begründeten Ausnahmefällen von dieser Bestimmung abweichen.

§ 2

Vorstehende Verordnung findet erstmals für die Kandidaten Anwendung, die im Frühjahr 1956 die erste theologische Prüfung bestehen.

Karlsruhe, den 26. Januar 1956

Der Landeskirchenrat:

D. Bender

Bekanntmachungen.

OKR. 4. 1. 1955 **Die Umwandlung des Pfarrvikariats der Petrusgemeinde in Karlsruhe in eine Pfarrstelle betr.**
Nr. 29862
Az. 10/0

Mit Wirkung vom 1. Januar 1956 wird das Pfarrvikariat der Petrusgemeinde in Karlsruhe in eine Pfarrstelle umgewandelt.

OKR. 10. 1. 1956 **Außerordentliche Tagungen der Bezirkssynoden im Jahre 1956 betr.**
Nr. 769
Az. 12/2

Die Landessynode hat in ihrer Sitzung vom 27. April 1955 dem Vorschlag des Kleinen Verfassungsausschusses zugestimmt, daß der von ihm erarbeitete Entwurf für die Präambel der künftigen Grundordnung unserer Landeskirche, ehe er der Landessynode zur Beschlußfassung zugeht, allen Bezirkssynoden zur Besprechung und Stellungnahme vorgelegt wird. Die Bezirkssynoden sollen auf folgende Fragen antworten:

„1. Wird in der vorgeschlagenen Präambel nur eine Klärung, also nicht eine Änderung des Bekenntnisstandes erblickt?

2. Wenn ja, werden aus anderen Gründen Änderungen des Vorschlages empfohlen?“

Der Kl. Verfassungsausschuß legt großen Wert darauf, daß die Bezirkssynoden die Ant-

worten, welche sie auf die vorstehenden Fragen geben, eingehend begründen.

Gemäß § 4 Abs. 3 und § 7 des kirchlichen Gesetzes, den Kirchenbezirk betr., vom 27. Oktober 1955 (VBl. S. 60) wird hiermit angeordnet, daß zur Erfüllung der bezeichneten Aufgabe **in diesem Jahr in allen Kirchenbezirken außerordentliche Tagungen der Bezirkssynoden einberufen werden.** Da der Entwurf für die Präambel im Frühjahr 1957 der Landessynode zugeleitet werden soll und der Kl. Verfassungsausschuß für die Verwertung der Äußerungen aus den Kirchenbezirken genügend Zeit haben muß, sind die Tagungen der Bezirkssynoden **bis spätestens 30. Juni d. J. abzuhalten.**

Der Kl. Verfassungsausschuß hat seinem Vorschlag für die Präambel eingehende Erläuterungen mitgegeben und diesen noch weitere Anlagen beigelegt, die den Bezirkssynoden die Beratung des Vorschlags und die Beantwortung der gestellten Fragen ermöglichen sollen. Das gesamte Material ist in einem Heft zusammengefaßt und wird den Teilnehmern der Tagungen der Bezirkssynoden in nächster Zeit zugehen.

Wenn die Bezirkssynoden die Gelegenheit des Zusammenkommens auch zur Behandlung weiterer Fragen und Angelegenheiten benutzen wollen, so ist, wenn die Erfüllung der Hauptaufgabe dadurch nicht beeinträchtigt wird, nichts

dagegen einzuwenden. Die Besprechung des Präambelentwurfs muß unbedingt den Vorrang haben und bedarf einer Sorgfalt, die sich nicht durch Zeitmangel beengen läßt. Hauptberichte sind auf außerordentlichen Tagungen nicht zu erstatten. Damit entfällt auch die Abfassung der pfarramtlichen Berichte.

Wegen der Durchführung der Bezirkssynoden verweisen wir auf den Abschnitt II des genannten kirchlichen Gesetzes über den Kirchenbezirk und auf die Verordnung vom 31. März 1908 (VBl. S. 65), soweit diese noch gültig ist.

Wir wünschen den Bezirkssynoden Gottes Segen zu fruchtbarer Arbeit in einer Sache, die für unsere Landeskirche von hoher Bedeutung ist.

OKR. 14. 1. 1956 Termine für die Landessammlungen der Verbände der freien Wohlfahrtspflege im Kalenderjahr 1956 betr.
Nr. 712
Az. 43 (40/0)

Nach einer Mitteilung des Innenministeriums Baden-Württemberg an die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Stuttgart sind für das Kalenderjahr 1956 die nachstehenden Landessammlungen genehmigt worden:

- | | | |
|--|---|--|
| | a) Haussammlung | |
| | b) Straßensammlung | |
| 1. Arbeiterwohlfahrt Baden-Württemberg | a) 8. - 13. 3. 1956 | |
| | b) 11. - 13. 3. 1956 | |
| 2. Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Baden-Württemberg | a) 16. - 22. 4. 1956 | |
| | b) 20. - 22. 4. 1956 | |
| 3. Deutsches Müttergenesungswerk | a) 7. - 13. 5. 1956 | |
| | b) 11. - 13. 5. 1956 | |
| 4. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Baden-Württemberg | a) 11. - 17. 6. 1956 | |
| | b) 15. - 17. 6. 1956 | |
| 5. Landesverband der Inneren Mission in Württemberg | a) 2. - 8. 7. 1956 | |
| | b) 6. - 8. 7. 1956 | |
| 6. Caritasverband für Württemberg (Diözese Rottenburg) und für Baden (Erzdiözese Freiburg) | a) 10. - 16. 9. 1956 | |
| | b) 14. - 16. 9. 1956 | |
| 7. Gesamtverband der Inneren Mission in Baden | a) 1. - 7. 10. 1956 | |
| | b) 5. - 7. 10. 1956 | |
| 8. Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Landesverband Oberrhein | a) 1. - 8. 11. 1956 | |
| | b) 4. - 8. 11. 1956 | |
| 9. Konferenz für kirchliche Bahnhofsmission, Geschäftsstelle Freiburg i. Br. | Geldsammlungen auf den Bahnhöfen (Bahnhofsgelände) an insgesamt 8 Tagen | |

Nach einer Übereinkunft der Verbände der freien Wohlfahrtspflege soll jeder dieser Verbände für seinen Bereich darauf bedacht sein, daß die Sammlungstermine und der Erfolg der Sammlungen nicht durch zeitnah gelegene andere Sammlungen oder sammlungsähnliche Veranstaltungen beeinträchtigt werden. Wir bitten

deshalb die Pfarrämter und kirchlichen Werke, auf diese Termine bei der Ansetzung von Sammlungen, die mehr als örtlichen Charakter besitzen, Rücksicht zu nehmen.

OKR. 21. 1. 1956 Landeskollekte für den Bau einer Kirche in Mingolsheim und eines Pfarrhauses in Langenbrücken betr.
Nr. 736
Az. 43/0

Am Sonntag Okuli, dem 4. 3. 1956, wird eine Landeskollekte für den Bau einer Kirche in Mingolsheim und eines Pfarrhauses in Langenbrücken **erhoben, die am Sonntag zuvor** den Gemeinden mit nachstehenden Worten **zu empfehlen** ist:

Die evangelischen Glieder der Gemeinde **Mingolsheim** bemühen sich seit über 50 Jahren um ein eigenes Gotteshaus. Alle Anstrengungen in der Vergangenheit wurden jedoch durch die beiden Geldentwertungen zu nichte gemacht. Trotz großer Opferwilligkeit der Gemeindeglieder und Unterstützung durch Landeskirche, Gustav-Adolf-Werk und Kirchenbezirk reichen die vorhandenen Mittel nicht aus, die finanzielle Last für den Bau einer Kirche zu tragen. Die Gemeinde erbitet daher ein Opfer aller Gemeinden unserer Landeskirche.

In der Evang. Kirchengemeinde **Langenbrücken** wurde im Jahre 1950 ein eigenes Pfarramt geschaffen, zu dem neben Mingolsheim noch weitere 6 Orte gehören. Langenbrücken zählte im Jahre 1945 rd. 60 Evangelische, heute nahezu 500. Die Gemeinde Langenbrücken hat inzwischen bereits innerhalb eines Jahres den Betrag von 12 000 DM für die Erweiterung der im Jahre 1875 erbauten Kapelle gespendet. Die Lasten des nunmehr notwendig gewordenen Pfarrhausbaues aber übersteigen die Kräfte dieser Gemeinde. Daher bittet sie um die glaubensbrüderliche Hilfe der Gemeinden unserer Landeskirche.

OKR. 27. 1. 1956 Liste der Bezirksvertreter und Bevollmächtigten der Inneren Mission und des Hilfswerks betr.
Nr. 30027
Az. 44/2 (44/6)

Nachstehend geben wir bekannt, jeweils nach dem Stand vom 1. 12. 1955:

- a) die Bezirksvertreter der Inneren Mission und des Hilfswerks in den Kirchenbezirken,
- b) die Bevollmächtigten des Hilfswerks und der Inneren Mission für die Stadt- und Landkreise.

a) Bezirksvertreter der Inneren Mission und des Hilfswerks in den Kirchenbezirken

Kirchenbezirk:

Adelsheim:

Dekan Dr. Helmut Bier, Adelsheim

Baden-Baden:

Pfarrer Georg Dörsam, Durmersheim

- Boxberg:**
Pfarrer Friedrich Kauf, Schweigern
- Bretten:**
Pfarrer Friedrich Wilhelm Weber,
Bretten, Reuchlinstraße
- Durlach:**
Pfarrer Hans Einwächter, Berghausen
- Emmendingen:**
Pfarrer Hermann Leser, Denzlingen
- Freiburg:**
Pfarrer Eugen Kammerer,
Freiburg/Brsgr., Dreisamstr. 5
- Heidelberg:**
Pfarrer Dr. Hans Barner,
Heidelberg-Neuenheim, Lutherstr. 65
- Hornberg:**
Pfarrer Karl Guggolz, Villingen
- Karlsruhe-Stadt:**
Pfarrer Heinz Kappes, Karlsruhe,
Stephanienstraße 98
- Karlsruhe-Land:**
Pfarrer Walter Müller, Graben
- Konstanz:**
Dekan Fritz Mono, Konstanz,
Schützenstraße 2
- Ladenburg-Weinheim:**
Pfarrer Johannes Baudis, Weinheim
- Lahr:**
Pfarrer Dr. Fritz Pfeil, Offenburg,
Frauenweg 2
- Lörrach:**
Pfarrer Georg Gnirs, Brombach
- Mannheim:**
Pfarrer Walther Lutz, Mannheim, M 1, 3
- Mosbach:**
Pfarrer Dr. Hans-Martin von Peter,
Mosbach
- Müllheim:**
Pfarrer Theodor Speck, Müllheim
- Neckarbischofsheim:**
Dekan Walther Meerwein, Helmstadt
- Neckargemünd:**
Pfarrer Friedrich Wernz, Meckesheim
- Oberheidelberg:**
Pfarrer Gottlob Hees, Eppelheim
- Pforzheim-Stadt:**
Pfarrer Dr. Oskar Schumacher,
Pforzheim, Frankstraße 79
- Pforzheim-Land:**
Pfarrer Otto Braun, Langenalb
- Rheinbischofsheim:**
Pfarrer Wilhelm Schaal, Kork
- Schopfheim:**
Pfarrer Kurt Kistner, Waldshut
- Sinsheim:**
Dekan Werner Glöckler, Sinsheim
- Wertheim:**
Pfarrer Erich Fuhr, Wertheim

**b) Bevollmächtigte des Hilfswerks und der
Inneren Mission für die Stadt- und Landkreise**

Nordbaden

- Stadt- und Landkreis **Heidelberg:**
Pfarrer Dr. Hans Barner, Heidelberg-
Neuenheim, Lutherstraße 65
- Stadt- und Landkreis **Karlsruhe:**
Pfarrer Heinz Kappes, Karlsruhe,
Stephanienstraße 98
- Stadt- und Landkreis **Mannheim:**
Pfarrer Walther Lutz, Mannheim, M 1, 3
- Stadt- und Landkreis **Pforzheim:**
Pfarrer Dr. Oskar Schumacher,
Pforzheim, Frankstraße 79
- Landkreis **Bruchsal:**
Pfarrer Dr. August Scheuerpflug,
Bruchsal
- Landkreis **Buchen:**
Dekan Dr. Helmut Bier, Adelsheim
- Landkreis **Mosbach:**
Pfarrer Dr. Hans-Martin von Peter,
Mosbach
- Landkreis **Sinsheim:**
Dekan Werner Glöckler, Sinsheim
- Landkreis **Tauberbischofsheim:**
Pfarrer Hans Maier, Tauberbischofs-
heim

Südbaden:

- Stadtkreis **Baden-Baden:**
Dekan Walter Brandl, Baden-Baden,
Lichtentaler Straße 63
- Stadt- und Landkreis **Freiburg:**
Pfarrer Eugen Kammerer, Freiburg,
Dreisamstraße 5
- Stadt- und Landkreis **Konstanz:**
Dekan Fritz Mono, Konstanz,
Schützenstraße 2
- Landkreis **Bühl:**
Pfarrer Fritz Mölbert, Bühl
- Landkreis **Donaueschingen:**
Pfarrer Albert Frank, Donaueschingen
- Landkreis **Emmendingen:**
Pfarrer Willi Ochs, Emmendingen
- Landkreis **Kehl:**
Pfarrer Wilhelm Schaal, Kork
- Landkreis **Lahr:**
Pfarrer Heinz Weber, Lahr
- Landkreis **Lörrach:**
Pfarrer Georg Gnirs, Brombach
- Landkreis **Müllheim:**
Pfarrer Theodor Speck, Müllheim
- Landkreis **Neustadt:**
Pfarrer Gustav Köhler, Neustadt
- Landkreis **Offenburg:**
Pfarrer Dr. Fritz Pfeil, Offenburg,
Frauenweg 2
- Landkreis **Rastatt:**
Pfarrer Georg Dörsam, Durmersheim

Landkreis **Säckingen:**
Pfarrer Helmut von Schenck, Säckingen

Landkreis **Stockach:**
Pfarrer Friedrich Ueltzhöffer,
Stockach

Landkreis **Überlingen:**
Pfarrer Helmut Ludwig, Überlingen

Landkreis **Villingen:**
Pfarrer Karl Guggolz, Villingen

Landkreis **Waldshut:**
Pfarrer Kurt Kistner, Waldshut

Landkreis **Wolfach:**
Pfarrer Hans Heß, Wolfach.

OKR. 18. 1. 1956 **Die allgemeinen kirchl. Ausgaben und Einnahmen für die Rechnungsjahre 1954 und 1955 (1. 4. 1954 bis 31. 3. 1956) betr.**
Nr. 1430
Az. 56/1

Das Kultusministerium in Stuttgart hat die gemäß Art. 5 und 19 des Landeskirchensteuergesetzes vom 30. 6. 1922 in der Fassung der beiden Änderungsgesetze vom 28. 6. 1951 (Bad.GVBl. S. 119) und vom 21. 1. 1952 (Reg.Blatt S. 3) erforderliche staatliche Genehmigung zu dem kirchlichen Gesetz über die allgemeinen kirchlichen Ausgaben und Einnahmen für die Rechnungsjahre 1954 und 1955 vom 17. 11. 1953 nebst Voranschlag für 1954 und 1955, die gemäß Bekanntmachung vom 9. 2. 1955 (VBl. S. 14) zunächst nur bis 31. 12. 1955 erteilt war, mit Schreiben vom 31. 12. 1955 R 873 auf die Zeit 1. 1. 1956 bis 31. 3. 1956 ausgedehnt.

OKR. 18. 1. 1956 **Die allgemeinen kirchl. Ausgaben und Einnahmen für die Rechnungsjahre 1956 und 1957 (1. 4. 1956 bis 31. 3. 1958) betr.**
Nr. 1429
Az. 56/1

Zu dem in dieser Nummer veröffentlichten kirchlichen Gesetz über die allgemeinen kirchlichen Ausgaben und Einnahmen für die Rechnungsjahre 1956 und 1957 vom 4. 11. 1955 nebst Voranschlag 1956 und 1957 hat das Kultusministerium in Stuttgart mit Schreiben vom 31. 12. 1955 R 873 die gemäß Art. 5 und 19 des Landeskirchensteuergesetzes vom 30. 6. 1922 in der Fassung der beiden Änderungsgesetze vom 28. 6. 1951 (Bad.

GVBlatt S. 119) und vom 21. 1. 1952 (Reg. Blatt S. 3) erforderliche staatliche Genehmigung bis 31. 12. 1957 erteilt.

Hinweise.

Die **Evangelische Bibliotheksschule in Göttingen**, deren Träger der Deutsche Verband Evangelischer Büchereien – Vorsitzender Landesbischof D. Bender, Karlsruhe – ist, **eröffnet ihren vierten Lehrgang am 2. Mai 1956**. Die staatliche Genehmigung, und bei Ablegung der Prüfung die staatliche Anerkennung, ist in Aussicht gestellt.

Anfragen und Anmeldungen bei der Geschäftsstelle der Evangelischen Bibliotheksschule, Göttingen, Jakobikirchhof 1.

Die Privilegierte Württembergische Bibelanstalt Stuttgart, Hauptstätterstr. 51 B, zeigt das Erscheinen der

„Stuttgarter Hebräischen Wortkonkordanz zur Kittel-Bibel“

an. Die beiden ersten Lieferungen Kat.-Nr. 861 und 862 in einem Umfang von je 128 Seiten sind erschienen.

Das ganze Werk wird 12 Lieferungen, die voraussichtlich alle zwei Monate erscheinen, umfassen, insgesamt 1660 Seiten. Preis jeder Lieferung: 2,60 DM und Porto. Dieser ungewöhnlich niedrige Preis wird jedem Pfarrer die Anschaffung ermöglichen.

Wir weisen mit nachdrücklicher Empfehlung auf dieses wertvolle Werk hin, für dessen Herausgabe der Württembergischen Bibelanstalt Anerkennung und Dank gebührt.

Besuchszeiten beim Evang. Oberkirchenrat: Mittwoch und Donnerstag von 10–12 Uhr und 15.30–17 Uhr.

Diese Besuchszeiten sollten möglichst eingehalten werden. Da Dienstag Sitzung des Oberkirchenrats ist, sollten – von ganz dringenden Fällen abgesehen – an diesem Tage keine Besuche stattfinden.

Rechtzeitige schriftliche Anmeldung ist erforderlich.

